

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Der Plan, den der österreichische Reichskanzler mit seiner auswärtigen Politik verfolgt, ist in der orientalischen oder in der türkisch-griechischen Angelegenheit in bestimmter Weise hervorgetreten. Derselbe verfolgt eine Politik, die darauf hinausgeht, eine Situation herbeizuführen, die ihm bequem und geeignet erscheint, auf Umwegen seine Absichten gegen Preußen zu verwirklichen. Die Stellung, welche Ungarn zur deutschen Angelegenheit einnimmt, macht es dem Reichskanzler unmöglich, gegen Preußen auf geradem Wege mit einer Koalition vorzugehen. Denn bekanntlich haben die Ungarn erklärt, daß sie keine Veranlassung hätten, in der deutschen Frage feindlich gegen Preußen aufzutreten, und daß sie die materielle Vereinigung Süddeutschlands mit Norddeutschland niemals als einen Kriegszustand ansehen würden, während andererseits die offiziellen Wiener Blätter die Versicherung gegeben haben, daß zur Verhinderung einer solchen Vereinigung der letzte Mann und der letzte Gulden hergegeben werden solle. Der Kern der Politik des Reichskanzlers ist nun aber trotzdem, daß er auf die Unterstützung der Ungarn in der deutschen Frage nicht rechnen kann, die deutsche Frage auf Umwegen im österreichischen Sinne und zwar dadurch zu lösen, daß er in der Ferne wie früher die rumänische, so jetzt die orientalische Frage in Scene gesetzt hat. Er hofft nämlich, daß sich Rußland von Oesterreich verfolge und, wie er annimmt, von den Westmächten protigirten Politik entgegen stellen und daß es dann wieder zum Kriege zwischen den Westmächten und Rußland kommen werde. Preußen glaubt er dann in die Lage zu bringen, sich entweder für oder gegen Rußland auszusprechen. Würde Preußen das Uebergewicht Rußlands im Orient begünstigen, so würde der Reichskanzler dann auf die Unterstützung Ungarns rechnen und so im Bunde mit den Westmächten gegen Preußen auftreten können. Jedenfalls liegt der Gedanke an einen Krieg gegen Preußen und den Norddeutschen Bund im Hintergrunde der ganzen österreichischen Politik; zu diesem Zwecke ist auch die orientalische Frage ins Werk gesetzt worden. Auf Konsequenz kommt dem Reichskanzler bei seiner Politik nicht an, denn während er jetzt als Vorkämpfer für die Integrität der Türkei auftritt, verfolgte er bei seinem Eintritt ins Ministerium Pläne, die auf die Zerstückelung der Türkei hinausliefen. — Die in verschiedenen Zeitungen über den Verlauf der parlamentarischen Session aufgestellten Vermuthungen müssen vor der Hand als sehr vorzeitig bezeichnet werden. Es soll nach denselben der Landtag Ende Februar geschlossen werden, hierauf eine 14 tägige Pause eintreten und dann Mitte März der Reichstag einberufen werden. Abgesehen davon, daß für den Abschluß der Etatsberatungen noch nicht einmal ein bestimmter Termin angesetzt werden kann und daß außer dem Etat noch viele andere wichtige Vorlagen der Erledigung harren, so ist bei den gemachten Angaben auch nicht in Betracht gezogen worden, daß Oesterreich schon nach 8 Tagen wieder verlagert werden müßte, wenn er Mitte März einberufen würde. Was dann die weiteren Vermuthungen, der Blätter darüber anbelangt, ob die bei der Etatsberatung vom Abgeordnetenhaus beliebigen Veränderungen von der Regierung angenommen werden würden, so ist zu bemerken, daß die Regierung einen bestimmten Beschluß in dieser Hinsicht nur dann fassen kann, wenn die Resultate der Vorberatung vollständig vorliegen, indeß kann wohl schon jetzt behauptet werden, daß sie, wenn es überhaupt möglich ist, die Ergebnisse der Vorberatung acceptiren wird, um keine weitere Verzögerung des Abschlusses des Etats zu verursachen und keine Gelegenheit zu neuen Spaltungen zu geben. Was speziell den Vorschlag zur Lösung des zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Justizminister entstandenen Konflikts betrifft, die etatsmäßigen Rathsstellen beim Obergericht zu vermehren, um dadurch die Hinzuziehung von Hülfsschlichtern unnötig zu machen, so wird ein dahin gehender Antrag auf keine Schwierigkeiten bei der Regierung stoßen, von ihr selbst aber schwerlich ein solcher ausgehen. Interessant ist übrigens, daß jetzt, d. h. nach dem bekannten Vorfalle im Abgeordnetenhaus, von einigen liberalen Blättern auf einmal die Entdeckung gemacht wird, daß durch die Vorlagen des Justizministers, die bekanntlich bei der liberalen Presse früher besondere Anerkennung fanden, im reaktionären Haden sich durchziehe. — Die Vorarbeiten zur Errichtung des Siegesdenkmals auf dem Königsplatze hieselbst sind jetzt so weit vorgeschritten, daß in diesem Jahre mit dem Bau begonnen werden soll. — Das bei Swinemünde erbaute schwimmende eiserne Dock wird nicht so frühzeitig hergestellt werden können, daß das Dock der Schiffe schon zum 1. April d. J. möglich wird. Man rechnet darauf, daß es Ende März so weit hergestellt sein wird, um das Bassin verlassen zu können; ehe es indeß in den Swinestrom gelangen kann, muß erst der Sandgedamm beseitigt und die Mündung des Außen-

hafens vor dem Bassin vertieft und erweitert werden. Hierbei ist aber Vieles wieder von der Witterung abhängig. — In jüngster Zeit ist eine Anzahl junger Verwaltungsbeamten, namentlich Regierungs-Assessoren, aus den neuen in die alten Landestheile behufs ihrer Ausbildung in der altländischen Gesetzgebung versetzt worden. Dieselben sollen die Verwaltung auch in den unteren Instanzen kennen lernen und demnach auch zeitweise bei den Landraths-Ämtern, Polizeibehörden und größeren Kommunalbehörden (hier kommissarisch) beschäftigt werden.

Berlin, 6. Januar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags zur Verabschiedung den Gouverneur von Mainz, Prinz Woldegar zu Schleswig-Holstein, der Abends auf seinen Posten zurückkehrte, nahm hierauf den Militär Vortrag entgegen und arbeitete dann mehrere Stunden mit dem Grafen Bismarck, dem Finanzminister und dem Justizminister. Nach einer Konferenz mit dem Grafen Bismarck machte der König eine Ausfahrt.

Wir haben schon berichtet, daß Prinz Friedrich von Hohenzollern, dritter Sohn des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, sich mit Lady Mary Douglas, einer Cousine des Kaisers Napoleon, verlobt hat. Die Verlobten sind nahe verwandt, ihre Mütter sind Schwestern. Die Braut ist die Tochter von William Alexander Anthony Archibald Douglas, gestorben 1863, erstem Herzog von Hamilton in Schottland, und der Prinzessin Marie Amalie Elisabeth Karoline von Baden, einer Tochter des Großherzogs Karl und der Großherzogin Stephanie, der Nichte und Adoptivtochter des ersten Napoleon.

Wie unsere Leser wissen, war Graf Bismarck in den letzten Tagen auf Schloß Ahrensbürg, im Holstein'schen beim Grafen Schimmelmann auf Jagd. Als dem Reichskanzler von den Bewohnern der Umgegend eine Ovation bereitet wurde, hielt derselbe an die zahlreich Versammelten folgende Ansprache: „Mir ist es eine Freude, daß Sie mich so freundlich als Landsmann begrüßen und danke ich Ihnen für die Ehre, die Sie mir erweisen; ich sehe darin einen Beweis, daß das Gefühl des Zusammengehörens auch bei Ihnen immer mehr und mehr zur Wahrheit geworden und das werde ich mit Freude dem Könige berichten. — Zusammengehört als Deutsche haben wir es ja immer, wir waren ja stets Brüder, wir haben es nur nicht gewußt. — Auch in diesem Lande gab es verschiedene Stämme, Schleswiger, Holsteiner, Lauenburger, so wie es auch Mecklenburger, Hannoveraner, Lübecker, Hamburger giebt und sie können alle gern bleiben was sie sind, in dem Bewußtsein, daß sie Deutsche, daß sie Brüder sind. Und wir hier im Norden sollen es uns doppelt bewußt sein mit unserer plattdeutschen Sprache, die sich hinzieht von Holland bis zur polnischen Grenze; wir sind uns auch bewußt, haben es uns früher nur nicht gesagt. Daß wir uns aber unserer deutschen Abkunft und Zusammengehörigkeit wieder so freudig und lebhaft bewußt worden sind, das lassen Sie uns dem Manne danken, durch dessen Weisheit und Energie dies Bewußtsein zu einer Wahrheit, einer Thatfache geworden ist, indem wir auf unsern König und Herrn ein herzhaftes Hoch anbringen. „Seine Majestät, unser allernächster König und Herr, Wilhelm I. lebe hoch.“

Auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses ist für den 7. Januar alles gesetzt, was für die Erledigung der Vorberatung des Budgets noch erforderlich ist, einschließlich des Etatsgesetzes, zu welchem die Regierung noch das schon angekündigte „Nachtragsgesetz“ sogleich einbringen wird. Dieses Indemnitätsgesetz wird, wie die „R. Ztg.“ vernimmt, in diesem Jahre genau so wie im vergangenen dahin lauten: „Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Bundes innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt.“ Es wird indeß in der Sitzung vom nächsten Donnerstag die Tagesordnung sicher nicht zu Ende geführt werden, da namentlich die vorgeschlagene Deckung des Defizits noch zu einer besonderen Erörterung führen wird. Es ist schon mitgetheilt, daß der Abg. Lasker den Antrag zu stellen beabsichtigt, das Defizit im Staatshaushalte statt auf dem in der Etatsvorlage bezeichneten Wege durch theilweise Einziehung der Seehandlungs-Fonds zu decken. Das dieser Vorschlag gegen den vorausgesetzlichen Widerspruch der Regierung schon jetzt festgehalten und durchgeführt werden sollte, wird wohl vom Abgeordneten Lasker selbst nicht erwartet; derselbe bezweckt wohl hauptsächlich nur, das Recht des Hauses auf eine entscheidende Stimme hinsichtlich der Bestimmung der eventuellen Deckungsmittel sogleich öffentlich zur Sprache und zur Anerkennung zu bringen. Die folgende zweite Lesung des ganzen Budgets wird dann nicht viel Zeit mehr in Anspruch nehmen. Einestheils wird bei dem Etat des Ministeriums des Innern aus dem Hause heraus die Bewilligung eines Pauschquantums für die hannoverschen Landdrosteien nochmals versucht werden, und andererseits soll bei dem Etat des Justiz-Ministeriums die Regierung eine kleine Vermehrung an Rathsstellen am Ober-

tribunal beantragen wollen, um damit den Streit wegen der „Hülfsschlichter“ beizulegen. In diesem Jahre erwartet man den Schluß der Vorberatung mit dem Laufe dieser Woche und das Ende der Etatsberatung bis zum 15. d. M. Die Budget-Beratung der vorigen Session begann am 3. Dezember 1867 und erforderte bis zur Vertagung am 20. Dezember zehn Sitzungen. Diesmal begann die Vorberatung am 14. November und nahm bis zur Vertagung am 19. Dezember 24 Sitzungen in Anspruch. Weiter denkt man jedoch, die nothwendigeren Arbeiten des Landtages bis Ende Februar oder spätestens bis zur ersten Märzwoche zu erledigen, doch wird der Reichstag wohl erst nach Ostern, also Anfangs April einberufen werden können, da die Fertigstellung der für den Reichstag vorbereitenden Arbeiten im Bundeskanzleramt noch längere Zeit in Anspruch nimmt, als man vorher dachte. Es bezieht sich dies u. A. namentlich auf die umfassende Vorlage über das Heimathrecht, wonach hauptsächlich das sogenannte Armenrecht nicht nur den an dem Orte Geborenen, sondern jedem zusteht, der längere Zeit an dem betreffenden Orte ansässig gewesen ist.

Die Bedeutung der Standesherrlichkeit ist durch ein Obergerichtsurtheil vom vorigen Jahre in prinzipiell wichtiger Weise deklariert worden. In einem Prozesse war nämlich dem Herzoge von Ratibor, Fürsten zu Corvey, rechtskräftig ein Eid auferlegt worden. Derselbe verlangte nun, daß dieser Eid an seiner Stelle einem seiner Beamten abgenommen werde und wurde, als dies Verlangen abgelehnt worden, mit dem Antrage klagbar, ihn für berechtigt zu erklären, den qu. Eid durch einen seiner Beamten ablesen zu lassen. Das Appellationsgericht zu Ratibor wies ihn jedoch damit ab, weil er im gesetzlichen Sinne nicht mehr als das Haupt einer vormals reichsfürstlichen Familie zu betrachten sei, da derselbe durch Vertrag vom 15. Oktober 1845 die Standesherrschaft mit allen dazu hausgesetzmäßigen Titeln, Rechten und Verbindlichkeiten — wenn auch unter Vorbehalt des hausgesetzmäßigen Ranges — an seinen jüngern Bruder Eobdwig abgetreten habe, ein Entscheidungsgrund, auf welchen der Herzog erwiderte: daß das fragliche Recht der Eidesvertretung ein persönliches Ehrenrecht der in Preußen begüterten Familienhäupter sei; auch habe er auf die Standesherrschaft Herzoglohe-Schillingfürst mit allen Titeln und Rechten nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte verzichtet, „daß ihm der hausgesetzmäßige Rang verbleibe.“ Der Herzog legte hierauf noch die Nichtigkeitseinschreibe ein, das Obergericht hat dieselbe aber als unbegründet und damit den Antrag des Herzogs rechtskräftig zurückgewiesen, und zwar unter Annahme der folgenden Rechtsgrundsätze: „Hat das Haupt einer vormals reichsfürstlichen Familie die Standesherrlichkeit an ein ebenbürtiges Mitglied der standesherrlichen Familie veräußert, so steht ihm nicht ferner das Recht zu, einen Eid durch seinen Beamten leisten zu lassen, und dies selbst für den Fall nicht, wenn in dem Veräußerungsvertrage ein Vorbehalt wegen des Ranges gemacht ist. Die in dem Traktate vom 16. Oktober 1815 dem Fürsten von Corvey beigelegten Ehrenrechte der begünstigten Grundbesitzer sind nicht auf das den Häuptern der ehemals reichsumittelbaren Familien als solchen verliehene Vorrecht der Eidesvertretung auszudehnen.“

Elberfeld, 5. Januar. Wie die „Elberf. Zeitung“ meldet, ist bei der Eröffnung zum Landtage im Wahlkreise Heinsberg-Geilenkirchen-Erkelenz der Landrath Claffen in Erkelenz mit 265 von 270 Stimmen gewählt worden. Die übrigen Stimmen fielen auf den Landrath Frhen. v. Eynatten in Geilenkirchen.

Steriohn, 3. Januar. Der hiesige evangelische Schulvorstand und die Schulpfarrer haben auf den Antrag unserer Elementarlehrer einstimmig deren Gehälter bedeutend erhöht, und zwar soll vom 1. Januar c. an das Minimum 350 Thlr. betragen, welches aber mit den Dienstjahren bis zu einem Maximum von 600 Thlrn. steigt.

Köln, 4. Januar. Die auf gestern anberaumte Bürger-Versammlung in Betreff der Festungs-Angelegenheit war sehr zahlreich besucht. Auch Mühlheim, Deuß und die Vorstädte Ehrenfeld, Sülz, Nippes, Bayenthal, Rall hatten ihr Kontingent geliefert. Herr Classen-Kappellmann führte den Vorsitz und stellte in kurzen Zügen die bedrängte Lage der Eigentümer und Ziegeleien, Sandgruben u. s. w. im dritten Festungsrayon, sowie die enormen Verluste dar, mit denen Köln-Deuß und Umgebung bedroht sei, wenn der jetzt dem Hause der Abgeordneten vorliegende Entwurf eines Expropriations-Gesetzes unverändert Annahme finden möchte. In ersterer Beziehung, sowie überhaupt in Betreff des Vorgehens der Festungsbehörde in Beziehung auf die Verhältnisse der Rayons hielt ein Mitglied des Gemeinderaths von Ehrenfeld, Herr Ansh, einen längeren, mit Beifall aufgenommenen Vortrag, welchem die Verlesung der beiden einstimmig adoptirten Petitionen an das Abgeordnetenhaus durch den Verfasser Herrn Dr. Weinhausen folgte. Die eine dieser Petitionen

wird allen Festungskommunen mit dem Anheimgenben des Anschlusses zugesandt werden. Die andere Petition schließt mit folgendem Antrage: „Das hohe Haus wolle die gegenwärtige Petition dem Herrn Minister des Innern mit der Aufforderung überweisen, der Königl. Regierung zu Köln die Anweisung zu ertheilen, die von ihr auf Requisition der Königl. Kommandantur daselbst an das Landrathsamt des Landkreises Köln erlassenen Verfügungen in Betreff der im dritten Rayon der Festung Köln befindlichen Ziegeleien, Sand-, Kies-, Lehm- und Mergelgruben als mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehend, zurück zu nehmen.“ Zur Begründung dieser Petition ist in derselben vorzugsweise auf die in der Weinhausen'schen Schrift über die Entfestigung Kölns S. 37 bis 54 enthaltene Darstellung der Sachlage und rechtliche Ausführungen Bezug genommen. Der eingeladene und anwesende Abgeordnete der Stadt Köln, Herr Assessor a. D. Pauli, hat mit großer Bereitwilligkeit die Ueberreichung und kräftigste Vertretung beider Petitionen zugesagt. Die Petitionen wurden gleich nach Schluß der Versammlung zahlreich unterschrieben.

Kassel, 3. Januar. Mit dem Beginn dieses Jahres werden die Arbeiten zur Fortführung der Halle-Kasseler Bahn von Arenshausen über Wipshausen nach Münden wieder in Angriff genommen. Die betreffende Linie hat nunmehr die Genehmigung des Handelsministers gefunden, und man hofft sie bis Ende 1870 zu vollenden. Als Entgelt für die aufgebundene Verpflichtung, über Almerode zu bauen, soll die Magdeburg-Leipziger Gesellschaft den Bau einer sekundären Eisenbahn von Hefsa (jenseit Almerode) nach Kassel übernehmen. Zwischen Arenshausen und Wipshausen ist in dem Bauprojekte zugleich Rücksicht genommen auf die Anlage eines Kreuzungsbahnhofes, auf welchem die Halle-Kasseler Bahn sich kreuzen soll mit der projektirten Göttingen-Bebraer Staatsbahn.

Homburg v. d. S., 3. Januar. Der „Taunusbote“ theilt mit, „daß der aus dem letzten halben Jahre zu Gunsten des städtischen Kurparks erübrigte Betrag eine Höhe erreicht hat, durch welche der Ausfall des vorausgegangenen Halbjahres fast vollständig gedeckt wurde.“

Hamburg, 2. Januar. Für die hiesige Kunsthalle soll auch die Statue Thorwaldsen's ausgeführt werden. Die Herstellung ist, nachdem verschiedene Skizzen in Folge einer ausgeschriebenen Konkurrenz eingegangen, dem Bildhauer Emmerich Andrefsen aus Uetersen in Holstein, zur Zeit in Dresden, übertragen worden. Einen fast schmerzlichen Eindruck machte eine am letzten Mittwoch hier stattgefundene öffentliche Auktion eines Dioramas. Das von dem Künstler Charles Maréchal angefertigte Diorama, ein Prachtwerk der Kunst, in vier Tableau: die Reise nach den drei Goldregionen, Kalifornien, dem Ural und Australien in höchster Natürlichkeit zur Anschauung bringend, hatte seinerzeit nicht weniger als 5000 Thlr. gekostet. Der Auktionsmaler hatte auch diesen Preis eingesezt und bei der Versteigerung ergab sich als höchstes Gebot — 180 Thlr.! Für diese Summe wurde es dem Besitzer des hiesigen Hippodroms, Basel, zugeschlagen. — Ein seltenes Kunstwerk der Holzschneiderei ist gegenwärtig hier ausgestellt. Das Stück stellt „den Tanz der Elfen“ dar, eine Gruppe von 15 weiblichen Gestalten, welche Hand in Hand verschlungen, über einem See schwebend, einen Ringeltanz ausführen. Ein Gebirgswald bildet den Hintergrund. Das ganze ist aus einer alten Eiche von 6 Fuß Durchmesser geschnitten und mit bewundernswürdiger Ausdauer in achtjähriger Arbeit geschaffen worden. — Wie seinerzeit mitgetheilt wurde, war von Lucas Schlüter bei Gelegenheit des Jubiläums des hiesigen Thaliatheaters ein Betrag von 5000 M. Bco. zur Gründung einer Pensionsanstalt für die Mitglieder dieses Theaters geschenkt worden. Dieser Betrag hat sich durch weitere Sammlungen erfreulicher Weise auf 12,101 M. Courant gesteigert und stehen fernere Beiträge in Aussicht. — Im Thaliatheater erregte noch das alte Stück von Heinrich Marr „Der Minister und der Seidenhändler“ durch die vorzügliche Darstellung der Mitglieder, am 30. v. M., ein so lebhaftes Interesse, daß Wiederholungen stattfinden werden.

Leipzig, 4. Januar. Die hiesige Presse hat mit Neujaß verschiedene Veränderungen erfahren. Die „Leipziger Nachrichten“ haben sich ohne Preiserhöhung die Form eines großen Journals, mit Feuilleton, beigelegt. Das „Demokratische Wochenblatt“ ist Verbandsorgan desjenigen Theils der deutschen Arbeitervereine geworden, welche seiner Zeit den Nürnberger Arbeiterkongress abhielten und von Bebel geleitet werden, ihr bisheriges Vereinsblatt war die „Nürnberger Arbeiterhalle“. Ferner ist neubegründet die „Handwerker-Zeitung“, welche aus dem Boden der Gewerbesfreiheit für die Interessen des Handwerkerstandes zu wirken verspricht. Unverändert in jeder Hinsicht blieben die national-liberale „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ferner das Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, und endlich die „Sächsische Zeitung“. Ganz enorm ist die Zahl der

